

Antrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Dietmar Friedhoff, Karsten Hilse, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Rahmenbedingungen für unsere Handwerker verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das deutsche Handwerk ist ein essenzieller Bestandteil der mittelständisch geprägten deutschen Wirtschaft, der bewahrt und unterstützt werden muss.

Bürokratische Pflichten sind für das Handwerk durch seine mittelständische Struktur eine besondere Belastung und müssen von der Bundesregierung so weit wie möglich vermieden oder ihre Erfüllung zumindest vereinfacht werden.

Neben der steigenden Bürokratiebelastung sorgt der zunehmende Fachkräftemangel im Handwerk für längere Wartezeiten und steigende Preise für Kunden. Bürokratiebelastung und Fachkräftemangel bergen das Risiko des Verlusts von hunderttausenden Betrieben und Arbeitsplätzen im Handwerk. Der Handwerkermangel wird von der Überakademisierung der Gesellschaft und fehlendem Nachwuchs im Handwerk verstärkt.

Der Handwerkermangel samt längerer Wartezeiten und steigender Preise für Kunden sollte nicht durch verzerrende Eingriffe in den Markt wie erzwungene vorgezogene Sanierungen des Gebäudebestands und Austausch von Heizungssystemen verstärkt werden. Zudem verbietet sich die Instrumentalisierung des Handwerks für politische Zwecke wie die sogenannte „Wärmewende“.

Die aktuelle konjunkturelle Lage ist geprägt von weiterhin hohen Energiekosten sowie Einbrüchen in der Immobilienwirtschaft und der Baubranche. Das konjunkturelle Umfeld setzt somit das eng mit der Bau- und Immobilienbranche verknüpfte Handwerk zusätzlich unter wirtschaftlichen Druck, den es mit geeigneten konjunkturellen Anreizen abzumildern gilt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. dem Abbau von Bürokratie wirtschaftspolitische Priorität einzuräumen, auch weil er inflationsneutral ist, und mindestens das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren und die tägliche durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen;
 2. Handwerkerverbänden und deren Mitgliedern eine verbindliche Frist von vier Wochen für Stellungnahmen zu neuen Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Bundesregierung einzuräumen, um die Anforderungen des Handwerks besser in Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen zu können;
 3. zusammen mit Handwerkerverbänden und deren Mitgliedern die Komplexität von Gesetzen zu verringern sowie die Erfüllung zwingend notwendiger Berichtspflichten bspw. im Bereich der Registrierungs- und Statistikpflichten stark zu vereinfachen und unbeabsichtigte Verstöße durch Gesetzesänderungen und übermäßig komplexe Gesetze zu vermeiden und hierfür
 - a. notwendige gesetzliche Pflichten für Handwerksunternehmen adressatenfreundlich aufzubereiten und Handwerksunternehmen als Orientierungshilfe zum Umgang mit oft komplexen und unverständlichen gesetzlichen Pflichten kostenlos zur Verfügung zu stellen;
 - b. eine adressatenfreundliche Portallösung zu entwickeln, die die Potenziale der Digitalisierung zur Erfüllung von notwendigen und sich ändernden Berichtspflichten realisiert, und diese Handwerksunternehmen kostenlos zur Verfügung zu stellen;
 4. dem Fachkräftemangel im Handwerk gezielt und frühzeitig in Kooperation mit den Ländern entgegenzuwirken und hierfür
 - a. junge Menschen besser über den Wert beruflicher Bildung und deren Vorteile im Vergleich zu universitärer Bildung an Schulen sowie Universitäten zu informieren sowie berufspraktische Erfahrungen in der Schulzeit zu fördern und dafür zu werben;
 - b. überbetriebliche Lehrlingsunterweisungen stärker zu fördern und hierfür genügend Mittel im Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen, statt diese zu kürzen;
 5. flankierend zu allen vor- und nachgenannten Maßnahmen den Fachkräftemangel im Handwerk zu stoppen, in dem die Abwanderung von qualifizierten und potenziellen Handwerkern mit der Gewährleistung günstiger steuerlicher, familiärer und sicherer Rahmenbedingungen verhindert wird, und so den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv zu halten;
 6. die Energiekosten zu senken, hierfür bei der künstlichen Verteuerung von Strom, Gas, Kraft- und Heizstoffen durch Steuern und Abgaben anzusetzen und hierfür
 - a. sofort allgemeine sowie spezielle Steuern wie die Energie- und Stromsteuer auf den Verbrauch von Heiz- und Kraftstoffen dauerhaft und für alle Unternehmen auf ein Minimum abzusenken;
 - b. auf EU-Ebene auf eine Änderung der Richtlinie 2003/96/EG hinzuwirken, um mittelfristig die Abschaffung der Energie- und Stromsteuer zu ermöglichen;
 - c. umgehend das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) außer Kraft zu setzen, um die nationale CO₂-Bepreisung abzuschaffen, statt diese wie angekündigt ab dem 1. Januar 2025 auf 55 Euro zu erhöhen;
 - d. in der EU auf eine Aussetzung der Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG hinzuwirken, um die CO₂-Bepreisung der EU abzuschaffen;

7. auf Länder und Kommunen einzuwirken, keine weiteren Einschränkungen des Parkraums vorzunehmen, so dass auch Handwerker in Kundennähe mit ihrem Automobil parken können;
8. die Wartezeiten auf Handwerker und Preise für Handwerksleistungen nicht mit ideologisch motivierten und marktverzerrenden Gesetzesvorhaben zu erhöhen und hierfür
 - a. das Gebäudeenergiegesetz (GEG) abzuschaffen;
 - b. auf EU-Ebene auf eine Änderung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) 2010/31/EU hinzuwirken;
9. die Konjunktur der eng mit dem Handwerk verbundenen Bau- und Immobilienwirtschaft anzukurbeln und hierfür
 - a. angebotsseitig das Klimaschutzgesetz (KSG) und das Gebäudeelektromobilitätsinfrastrukturgesetz (GEIG) abzuschaffen, um die Baunebenkosten der Bauwirtschaft zu senken;
 - b. nachfrageseitig zusammen mit den Ländern eine einheitliche Obergrenze für die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent festzulegen und zusätzlich für den Erwerb einer Immobilie zu eigenen Wohnzwecken auf 0 Prozent zu senken, um die gestiegenen Kreditkosten der Käufer zu neutralisieren.

Berlin, den 30. Oktober 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Das deutsche Handwerk besteht aus mehr als einer Million Betrieben, in denen 12,3 Prozent aller Erwerbstätigen und 28,7 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland tätig sind, und die im Jahr 2022 einen Umsatz von 739 Milliarden Euro erwirtschaftet haben (www.zdh.de/daten-und-fakten/kennzahlen-des-handwerks/). Das deutsche Handwerk ist essenzieller Bestandteil der mittelständischen Wirtschaft, da mehr als 99 Prozent aus kleinen und mittleren Unternehmen bestehen (www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Handwerk/aktuell-struktur-handwerk.html).

Die mittelständische Struktur des deutschen Handwerks hat zur Folge, dass der Aufwand zur Erfüllung vieler kleinteiliger und zeitintensiver gesetzlicher Berichts-, Dokumentations- und Kontrollpflichten im Verhältnis besonders hoch ist, da Handwerksunternehmen im Vergleich zu Großunternehmen mehr Ressourcen abseits ihres Kerngeschäfts einsetzen müssen, um staatliche Bürokratiepflichten zu erfüllen. Laut einer Sonderumfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) ist für 74 Prozent der Handwerksunternehmen der Bürokratieaufwand in den letzten fünf Jahren gestiegen. Hierbei ist der größte Belastungsfaktor für 76 Prozent der Handwerksunternehmen die ständigen Anpassungen an neue gesetzliche Regelungen. 56 Prozent der Handwerksunternehmen geben an, dass die Bürokratiebelastung längere Wartezeiten für Kunden zur Folge hat (www.zdh.de/ueber-uns/fachbereich-wirtschaft-energie-umwelt/sonderumfragen/sonderumfrage-buerokratiebelastung-im-handwerk/).

Neben diesem strukturellen Nachteil zur Bewältigung von Bürokratiepflichten leidet das deutsche Handwerk ebenfalls unter den stark gestiegenen Energiekosten, die die Preise für Handwerksleistungen erhöhen. Laut einer weiteren Sonderumfrage des ZDH ist die Energiekostenbelastung im Jahr 2022 für 77 Prozent der Handwerksbetriebe um durchschnittlich 52 Prozent und im ersten Quartal 2023 um durchschnittlich 54 Prozent gestiegen (www.zdh.de/ueber-uns/fachbereich-wirtschaft-energie-umwelt/sonderumfragen/zdh-umfragen-zu-den-auswirkungen-des-ukraine-kriegs/umfrage-zur-aktuellen-krisensituation-kw-7/2023/).

Besonders betroffen ist das deutsche Handwerk vom sich verschärfendem Fachkräftemangel. Schon im Jahr 2022 fehlten laut dem Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung bundesweit rund 250.000 Handwerker. Verantwortlich für diesen Mangel im Handwerk sei die „Verkopfung der Bildung seit den 70ern“. Die Überakademisierung der Gesellschaft sei beispielsweise auf das fehlende Wissen junger Menschen zurückzuführen, dass die Bezahlung von Gesellen und Handwerksmeistern nicht nur mit der Bezahlung von Akademikern mithalten kann, sondern teilweise höher ist (www.welt.de/wirtschaft/plus240146005/Die-Zahlen-sind-eine-Katastrophe-Es-fehlen-250-000-Handwerker.html). Auch darf davon ausgegangen werden, dass sowohl der gesellschaftliche Nutzen als auch die Beiträge zur Stabilisierung der Gesellschaft eines Handwerkers heute ungleich höher sind als der Nutzen und die Beiträge vieler Geisteswissenschaftler wie Politologen und Gender-Studies-Absolventen. Der Fachkräftemangel im Handwerk verschärft zudem massiv das Problem der Unternehmensnachfolge. Laut Präsidenten des Zentralverbands des deutschen Handwerks stehen in den nächsten Jahren 125.000 Betriebsnachfolger an. Sofern keine Nachfolger gefunden werden, sind insgesamt rund 750.000 Arbeitsplätze bedroht, da ein durchschnittlicher Handwerksbetrieb zwischen fünf bis sieben Mitarbeiter beschäftigt. Erschwerend wirkt sich der Fachkräftemangel im Handwerk auf die Preise für Handwerksleistungen aus. Diese betragen zwischen 45 bis 60 Euro pro Stunde und werden absehbar stark steigen, da sich der Mangel in steigenden Wartezeiten äußert.

Verschärft werden die steigenden Wartezeiten und Preise sowie bevorstehenden Betriebsschließungen und folgenden Arbeitsplatzverluste im Handwerk durch politisch forcierte und mit phantastischen Summen subventionierte Fehlallokationen von Handwerkerressourcen beispielsweise durch ideologisch motivierte Verschärfungen der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) und des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) (www.welt.de/wirtschaft/plus243934709/Immobilien-Haeuser-in-der-EU-sollen-bis-2033-auf-hoeheren-Energieeffizienz-Standard-gebracht-werden.html www.welt.de/wirtschaft/plus245239950/Heizungswende-beginnt-Mit-doppelt-so-vielen-Waermepumpen-und-Oelheizungen.html). Durch die erzwungene vorgezogene Sanierung des Gebäudebestands sowie des verordneten Austauschs von Heizungssystemen werden immer mehr Handwerker für die Umsetzung der staatlich verordneten sogenannten „Wärmewende“ instrumentalisiert, statt sich nach dem Bedarf der Kunden nach beispielsweise Reparaturen an ihrem Haus oder an ihren Heizungen richten zu können.

Erschwerend zu den sich absehbar verschärfenden Problemen des Handwerks kommt die konjunkturelle Lage der Baubranche hinzu, mit der rund 50 Prozent der Handwerksbetriebe zu tun haben (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zdh-praesident-beim-heizungsgesetz-ist-viel-vertrauen-verspielt-worden/29244562.html). So ist laut Statistischem Bundesamt die Anzahl der monatlichen Baugenehmigungen zwischen Januar 2022 und August 2024 saison- und kalenderbereinigt um rund 45 Prozent eingebrochen (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/10/PD24_397_3111.html). Ein Grund hierfür ist die einbrechende Nachfrage durch gestiegene Leitzinsen der EZB und daraus resultierende höhere Kreditkostenquoten, die es Durchschnittsverdienern immer schwerer gemacht haben, sich ein Eigenheim zu finanzieren (www.welt.de/wirtschaft/plus246245218/Immobilien-Diese-Karte-zeigt-ob-Ihr-Landkreis-zu-den-141-gehört-in-denen-Wohneigentum-noch-erwerbbar-ist.html).